

Amnesty-Umfrage: 42 Prozent können kein Menschenrecht benennen

Letzte Aktualisierung Sonntag, 11. Mai 2008

Nach einer von ai in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage können 42 Prozent der Deutschen kein Menschenrecht benennen. Nur ein Prozent der Befragten habe das Recht auf Gerechtigkeit sowie auf Unverletzlichkeit der Wohnung oder die Privatsphäre als Menschenrecht genannt, teilte die Menschenrechtsorganisation mit.

Vernichtendes Urteil. Diese Umfrage ist ein vernichtendes Urteil sowohl für die politische Kaste als auch für alle alternativen Organisationen. Offenbar ist die politische (häufig öffentlich finanzierte) Bildungsarbeit allerorten auf die Mobilisierung eigener Wähler oder Organisationshelfer reduziert und selbst die so elementaren Grundrechte der "westlichen Wertegemeinschaft" existieren im öffentlichen Bewusstsein nur in Festschriften und Sonntagsreden.

:::Freiklick:::> Infratest dimap hatte für amnesty insgesamt 1.000 Personen ab 18 Jahren befragt.

Engagement wofür? Während 42 Prozent nicht ein einziges Menschenrecht nennen konnten, haben sich aber 59 Prozent der Befragten bereit erklärt, sich gemeinnützig für Menschenrechte einzusetzen. Da ist dann aber wenigstens ein Prozent der Befragten allenfalls bereit sich für etwas einzusetzen, das gut klingt, von dem sie aber nicht einmal wissen was es ist.

:::Freiklick:::> MENSCHENRECHT

Unbekanntes Recht. Nur zwei Prozent der Befragten wussten, dass Frieden und der Schutz vor Folter und Todesstrafe zu den Menschenrechten zählen. Immerhin 21 Prozent nannten das Recht auf Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit. Die vor 60 Jahren von der UN-Vollversammlung verabschiedete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte steht im Mittelpunkt der Jahresversammlung der deutschen amnesty-Sektion, die von heute bis Sonntag in Hamburg stattfindet.